

Nach Redaktionsschluss: Sonia Pierre verstorben

Am Umschlag finden Sie das Foto der dominikanischen Menschenrechtsverteidigerin Sonia Pierre gemeinsam mit zwei Amnesty-Aktivistinnen, als sie anlässlich ihres letzten Besuches in Wien an der Frauen-Demonstration im März 2011 teilnahm.

Im Rahmen der diesjährigen Grußaktion wollten wir Sie ersuchen, Appellbriefe zugunsten von und Solidaritätsgrüße an Sonia Pierre zu schicken.

Sonia Pierre setzte sich als Leiterin der Dominiko-Haitianischen Frauenorganisation MUDHA (Movimiento de Mujeres Domínico-Haitianas) für die Mitglieder der haitianischen Minderheit in der Dominikanischen Republik ein, deren Rechte von den dominikanischen Behörden mit den Füßen getreten werden (Massen-Deportationen, kein Zugang zu Schulbildung, Aberkennung der Staatsbürgerschaft). In den letzten Wochen standen Sonia Pierre und ihre Kinder im Visier einer weiteren Hetzkampagne in den dominikanischen Medien und seitens führender PolitikerInnen, nachdem der Interamerikanische Gerichtshof ein Urteil zugunsten von StaatsbürgerInnen haitianischer Herkunft gefällt hatte.

Uns erreichte die traurige Nachricht, dass am 4. Dezember 2011 Sonia Pierre im Alter von 48 Jahren an Herzversagen gestorben ist.

Wir werden auch in Zukunft weiterhin die Mitglieder der Organisation MUDHA in ihren Anliegen unterstützen (Näheres werden wir über <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at> kommunizieren). Als Reaktion auf Sonias Pierres Ableben nahmen wir die relevanten Seiten aus der Grußaktion 2011.

Wir trauern mit Sonias Familie, FreundInnen und MitstreiterInnen bei MUDHA.

Ihre Amnesty-Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen

AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH
Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen

Moeringgasse 10 1150 Wien

T: +43 1 78008-0 . F: +43 1 78008-44
gewerkschafterInnen@amnesty.at . <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

SPENDENKONTO 1.030.000. BLZ 60.000 . Postsparkasse

DVR: 460028 ZVR: 407408993



GRUSSAKTION 2011

Senden Sie Solidaritätsgrüße

„Amnesty International kann Veränderungen herbeiführen, weil ihr nicht aufgeht, bis Gerechtigkeit erzielt wurde. Die Behörden werden einen Fall anders behandeln, wenn sie wissen, dass jemand wie Amnesty International fest entschlossen ist, die Arbeit dafür fortzusetzen.“

Liebe Mitmenschen!

Diese Aussage stammt von Konstantina Kouneva, einer bulgarischen Migrantin in Griechenland, die sich für ihre Rechte und die ihrer KollegInnen bei den Reinigungsfirmen einsetzt. Ihr Fall zeigt sehr deutlich, dass Behörden oft nur dann handeln, wenn Druck von außen kommt.

Die Aktion zu Konstantina Kouneva betrifft eines von zehn Schicksalen, das wir in der diesjährigen Gruß- und Appellaktion beschreiben. Dies ist eine Art Jubiläumsausgabe, da wir nun zum zehnten Mal in Folge, stets vor Weihnachten, die Grußaktion anbieten. Einige der Aktionen widmen wir in gewohnter Weise Menschen, die wegen ihres legitimen gewerkschaftlichen und/oder menschenrechtlichen Engagements bedroht, verfolgt und eingesperrt werden. Für viele von ihnen setzen wir uns seit Jahren ein, so auch in vorjährigen Grußaktionen unserer Gruppe. Darüber hinaus stellen wir Ihnen weitere MenschenrechtsverteidigerInnen vor, nicht unbedingt GewerkschafterInnen, die ebenfalls unsere Unterstützung benötigen. Für diese startet Amnesty International derzeit auch einen Briefmarathon rund um den 10. Dezember 2011 (für nähere Informationen siehe <http://regionwien.amnesty.at> und www.amnesty.at).

All diesen Menschen wollen wir unsere Solidarität aussprechen. Gleich wie in den Vorjahren ersuchen wir Sie auch heuer wieder an die Menschen dieser Grußaktion – weihnachtliche oder neutrale – Grüße aus der Ferne zu schicken und ergänzend an die Behörden zu appellieren.

Bitte planen Sie die Grüße an die MenschenrechtsaktivistInnen in Ihre Weihnachtspost ein. Falls es sich nicht vor Weihnachten ausgehen sollte, können Sie die Grüße auch später senden. Die Aktion (sowohl Solidaritätsgrüße als auch Appellbriefe) läuft jedenfalls bis Ende Jänner 2012; für Aktivitäten danach ersuchen wir um kurze Abklärung mit uns (E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at, Tel.: + 43 664 1719299).

Bitte machen Sie mit. Helfen Sie auch, die Aktion in Ihrem Kollegen- und Bekanntenkreis bekannt zu machen. Sie können die Unterlagen von <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at> → ACTIVITY (bitte nach unten zu Grußaktionen scrollen) herunterladen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und besinnliche Feiertage zum Jahreswechsel.

Ihre Amnesty-Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen

KOLUMBIEN

Frauenrechtsorganisation OFP und Gewerkschaft SINALTRAINAL

Frauenrechtsaktivistinnen und GewerkschafterInnen im Visier der Paramilitärs



Jackeline Rojas Castañeda, © privat

AktivistInnen ermordet und bedroht

Trotz der offiziellen Demobilisierung begehen paramilitärische Gruppierungen weiterhin ungestraft Menschenrechtsverletzungen. Im Visier der „schwarzen Adler“ (aguilas negras), wie sich die demobilisierten Paramilitärs nennen, stehen Menschen, die sich für Menschen-, Frauen- und Arbeitsrechte einsetzen.

Mehrere Aktivistinnen der Organización Femenina Popular (OFP), einer Frauenrechtsorganisation in Barrancabermeja, deren rund 1.200 Mitglieder sich für soziale Anliegen, Frauenrechte und Frieden einsetzen, wurden über die Jahre hinweg von den Paramilitärs entführt und ermordet.

Die Gewerkschaft der Angestellten in der Nahrungsmittelindustrie SINALTRAINAL verlor seit ihrer Gründung im Jahr 1982 mindestens 23 Mitglieder, die von Paramilitärs ermordet wurden. Seit Beginn der 1990-er Jahre wurden in Kolumbien über 2.000 GewerkschafterInnen umgebracht; mehr als 3.500 Morddrohungen sind seit 1991 dokumentiert.

Aktuelle Info: Bewaffnete verschafften sich gewaltsam Zutritt in das Haus von Jackeline Rojas Castañeda, einem führenden Mitglied der OFP. Sie drohten, ihre anwesende Tochter umzubringen und verlangten Informationen über ihren Ehemann Juan Carlos Galvis, Gewerkschafter in der SINALTRAINAL.

Appellieren Sie an die Behörden.

Fordern Sie bei den Behörden unverzüglich adäquaten Schutz für die FrauenrechtsaktivistInnen und GewerkschafterInnen.

Adresse

Presidente de la República
Juan Manuel Santos Calderón
Palacio de Nariño
Carrera 8 No.7-26
Bogotá
Colombia

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

auf Spanisch, ansonsten Englisch oder Deutsch:

OFP

Organización Femenina Popular
Carrer 22 No 52 B 36
Magdalena Medio
Colombia

SINALTRAINAL

Carrera 15 # 35 – 18
Bogotá
Colombia

Sie können Amnesty International erwähnen, und Sie dürfen auch religiöse Karten schicken.

Textvorschlag

Englisch:

Dear friends,

Writing you, we would like to express our solidarity with the important human rights work you carry out in Colombia.

Weitere Aktionen und Informationen

<http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/kolumbien/20111119.htm>

<http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/kolumbien/ofp.htm>



IRAN

Gewerkschaft der Zuckerrohrfabrik Haft Tapeh Sugar Cane Company

Freie Gewerkschafter von Haft bedroht



Ali Nejati, © privat

Haftstrafen wegen Interviews an ausländische Medien

Seit fünf Jahren protestierten die 5.000 ArbeiterInnen der Zuckerrohrfabrik Haft Tapeh Sugar Cane Company (HTSCC) immer wieder auf friedliche Weise gegen ausstehende Löhne. Im Jänner 2008 gründeten sie eine unabhängige Gewerkschaft – die zweite freie Gewerkschaft Irans nach der Gewerkschaft der Teheraner Busfahrer rund um Mansour Ossanlu.

Fünf führende Mitglieder dieser Gewerkschaft, Ali Nejati, Ghorban Alipour, Mohammad Haydari Mehr, Jalil Ahmadi und Fereydoun Nikufard wurden im Oktober 2009 zu sechs Monaten Haft und weiteren sechs Monaten bedingt wegen „Verbreitung von Propaganda“ verurteilt, weil sie 2007 in einem Interview mit ausländischen Medien über ihren Arbeitskampf berichtet hatten.

Der Anwalt der Gewerkschafter, Mohammed Olyaeifard hatte ab Mai 2010 – ebenfalls wegen eines Interviews – eine einjährige Haftstrafe verbüßt.

Aktuelle Informationen: Ali Nejati, Ghorban Alipour, Mohammad Haydari Mehr, Jalil Ahmadi und Fereydoun Nikufard sind zwar derzeit nach Ablauf ihrer Haftstrafe in Freiheit, aber für fünf Jahre von der Arbeit in der Fabrik gesperrt. Wegen eines weiteren Interviews mit ausländischen Medien am 1. Mai 2008 über ausstehende Löhne steht den fünf Gewerkschaftsführern ein weiterer Prozess bevor.

Appellieren Sie an die Behörden.

Fordern Sie die Rücknahme der Anklagepunkte und der Arbeitssperre gegen die Gewerkschafter.

Adresse

Head of Judiciary
Ayatollah Sadegh Larijani
c/o Public relations Office
Number 4, 2 Azizi Street
Vali Asr Ave., above Pasteur Street intersection
Tehran
Islamic Republic of Iran

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

falls möglich, auf Farsi oder Englisch, ansonsten Deutsch:

Haft Tapeh Sugar Cane Company (HTSCC)
Workers' Syndicate
c/o North Iranshahr Street, opposite
Honarmandan Park,
No 2, Floor 4, Unit 8, Nikoushahr Court
Tehran,
Islamic Republic of Iran

Bitte unterlassen Sie religiöse Inhalte in Ihren Grußbotschaften.

Textvorschlag

Farsi:

تسا رشب قوقح ، امش یرگر اک قوقح!
راک طی حم رد قح و تلدادع یارب نات هزار ابمرد
مینکیم یگتسبیمه مالع امش اب.

Englisch:

Your workers' rights are human rights. We send you our solidarity in your struggle for justice and fairness in the workplace.

Weitere Aktionen und Informationen

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

→ ACTIVITY und ACTION (Suche nach Ländern: Iran)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



GRIECHENLAND

Konstantina Kouneva

Säureattentat gegen Gewerkschafterin



Konstantina Kouneva, © privat

Bulgarische Migrantin setzt sich für Reinigungskräfte ein

Konstantina Kouneva wurde im Dezember 2008 überfallen und mit Säure angegriffen, wovon sie lebensgefährliche Verletzungen davon trug. Sie lag mehrere Tage im Koma und konnte erst nach fast einem Jahr stationärer Behandlung das Krankenhaus verlassen.

Konstantina Kouneva stammt aus Bulgarien und ist als Historikerin ausgebildet. 2001 zog die Lehrerin nach Griechenland, um dort als Reinigungskraft Geld zu verdienen.

Sie engagierte sich gewerkschaftlich und wurde Generalsekretärin der Attica-Gewerkschaft der Reinigungskräfte. Wiederholt kritisierte sie Reinigungsfirmen wegen der miserablen Arbeitsbedingungen. Vor dem Angriff hatte Konstantina Kouneva telefonische Drohungen erhalten.

Nach dem Überfall wurden, wie später auch die Behörden eingestanden, die Ermittlungen nachlässig geführt. Mehrmals drohten sie überhaupt eingestellt zu werden. In Folge des internationalen Drucks entschied dann die Staatsanwaltschaft sie wieder aufzunehmen.

Aktuelle Informationen: Im Dezember 2010 ordnete der Staatsanwalt polizeiliche Ermittlungen über die Bedingungen und Aktivitäten von Reinigungsfirmen in Griechenland an, deren Erkenntnisse in die Untersuchung über den Überfall auf Konstantina Kouneva einfließen sollten – ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Appellieren Sie an die Behörden.

Die Ermittlungen dürfen nicht eingestellt werden, sondern müssen unverzüglich und gründlich durchgeführt werden.

Adresse

Minister of Justice
Miltiadis Papaioannou
96, Messoghion Street
115 27 Athens
Greece
Fax: +30 210 7755835
E-Mail: minjust@justice.gr

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

falls möglich, auf Bulgarisch oder Griechisch, ansonsten Englisch oder Deutsch:

The Attica Union of Cleaners and
Domestic Workers
3rd Septemvriou (September 3rd) 48
T.K 10433 Athens
Greece

Sie können Amnesty International erwähnen, und Sie dürfen auch religiöse Karten schicken.

Textvorschlag

Griechisch:

Οι σκέψεις μας είναι μαζί σας και
στέλνουμε τις θερμότερες ευχές μας σε
εσάς και την οικογένειά σας.

Bulgarisch:

Ние мислим за Вас и изпрачаμε на
Вас и Вашето семейство нашите най-
искрени поздравии!

Englisch:

We are thinking of you and send our best
regards for yourself and your family.

Weitere Aktionen und Informationen

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>
→ ACTIVITY und ACTION (Suche nach
Ländern: Griechenland)

[http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/
griechenland/Info_Blatt_Konstantina%
20Kouneva.pdf](http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/griechenland/Info_Blatt_Konstantina%20Kouneva.pdf)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



SIMBABWE

Gertrude Hambira

Gewerkschaftsführerin im Untergrund



Gertrude Hambira, © Amnesty

Razzien und Schikanen gegen LandarbeiterInnen-Gewerkschaft

Mitglieder der LandarbeiterInnen-Gewerkschaft GAPWUZ (General Agricultural and Plantation Workers Union of Zimbabwe) werden wegen ihres Einsatzes für die Rechte von LandarbeiterInnen von der Polizei bedroht und eingeschüchtert. Insbesondere Generalsekretärin Gertrude Hambira ist Zielscheibe der Schikanen.

Am 24. Februar 2010 erkundigten sich fünf Personen, die sich als Mitglieder einer strafrechtlichen Ermittlungseinheit auswiesen, im GAPWUZ-Büro nach Gertrude Hambira, die zu der Zeit nicht anwesend war. Im Monat darauf suchten PolizistInnen das Büro der Gewerkschaft mehrmals auf der Suche nach Gertrude Hambira auf. MitarbeiterInnen von GAPWUZ wurden verhaftet und wieder freigelassen.

Fünf Tage vor der Razzia im Februar 2010 war Gertrude Hambira auf der Polizeistation in Harare von 17 hochrangigen Sicherheitskräften verhört worden. Inhalt war eine GAPWUZ-Dokumentation über die miserable Situation der LandarbeiterInnen.

Aktuelle Informationen: Seit der Razzia auf das GAPWUZ-Büro im Februar 2010 hält sich Gertrude Hambira aus Sorge um ihre Sicherheit außerhalb von Simbabwe versteckt.

Appellieren Sie an die Behörden.

Gertrude Hambira und ihre GAPWUZ-KollegInnen müssen in Simbabwe ohne Einschüchterung arbeiten können.

Adresse

Co-Minister of Home Affairs
Kembo Mohadi
Ministry of Home Affairs
11 Floor Mukwati Building
Private Bag 7703
Harare
Zimbabwe

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

an die Gewerkschaft – falls möglich, auf Englisch oder Shona, ansonsten auf Deutsch:

General Agriculture And Plantation
Workers Union Of Zimbabwe (GAPWUZ)
P.O. Box 1952
Harare
Zimbabwe

Sie können Amnesty International erwähnen.

Textvorschlag

Englisch:

We admire the work done by GAPWUZ.
Please continue your struggle.

Weitere Aktionen und Informationen

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>
→ ACTIVITY und ACTION (Suche nach Ländern: Simbabwe)

http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/zimbabwe/Info_Blatt_GertrudeHambira_Nov2010.doc

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



MEXIKO

Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú

Gerechtigkeit für indigene Frauen



Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú, © Centro de Derechos Humanos de la Montaña de Tlachinollan

Opfer von sexueller Gewalt

Seit über neun Jahren fordern zwei indigene Mexikanerinnen von der Armee und den Behörden Gerechtigkeit für die Vergewaltigung durch Soldaten, die sie im Jahr 2002 erlitten hatten. Trotz einer bereits lange laufenden Untersuchung und mehrerer Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom August 2010 zugunsten der beiden Frauen befinden sich die Täter immer noch auf freiem Fuß. Die Militärjustiz schien die Vergewaltiger zu decken, während die betroffenen Frauen und ihre Familien Drohungen erhielten.

Aktuelle Info: Seit dem 12. August 2011 können Inés Fernández und Valentina Rosendo neue Hoffnung schöpfen, dass die Soldaten, die sie damals vergewaltigten, doch noch vor Gericht gestellt werden: In den beiden Fällen wurden die Ermittlungen Zivilgerichten übergeben.

Diese Entscheidung schließt einem Urteil des Obersten Gerichtshofs an, laut dem Menschenrechtsverletzungen an Zivilpersonen durch das mexikanische Militär nicht vor Militärgerichten verhandelt werden sollten. Nichtsdestotrotz fallen einige Vergewaltigungen aus jüngster Zeit nach wie vor in die Zuständigkeit von Militärgerichten.

Appellieren Sie an die Behörden.

Fordern Sie Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigung für Inés Fernández und Valentina Rosendo Cantú!

Adresse

Lic. Felipe de Jesús Calderón Hinojosa
President of the Republic
Residencia Oficial de 'Los Pinos'
Col. San Miguel Chapultepec
Mexico D.F., C.P. 11850
Mexico

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

auf Spanisch, ansonsten Englisch oder Deutsch:

Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú
C/o Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan A.C.
Calle Mina No 77
CP 41304 Tlapa
Guerrero
Mexico

Sie können Amnesty International erwähnen, und Sie dürfen auch religiöse Karten schicken.

Textvorschlag

Spanisch:

Queridas Inés y Valentina: Seguimos acompañándolas en la lucha por obtener verdad y justicia y para que estas violaciones a los derechos humanos no vuelvan a repetirse.

Englisch:

Dear friends,

Dear Inés and Valentina, We continue to accompany you in the struggle for truth and justice and in order for these human rights violations not to be repeated again.

Weitere Aktionen und Informationen

AKTIVISTIN 4/2011, die Zeitschrift des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte:
http://frauenrechte.amnesty.at/wp-content/uploads/aktivistin/AKTIVISTIN4_1.pdf

<http://regionwien.amnesty.at> →
Briefmarathon 2011



KAMERUN

Verhaftet wegen sexueller Orientierung



Jean-Claude Roger Mbede, © privat

Gefängnisstrafe wegen Homosexualität

Jean-Claude Roger Mbede wurde Ende April 2011 wegen Homosexualität zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Homosexualität stellt nach Abschnitt 347a des kamerunischen Strafgesetzbuchs eine Straftat dar.

Er verbüßt die Strafe im Zentralgefängnis Kondengui im Yaoundé, der Hauptstadt von Kamerun. Ihm drohen körperliche Übergriffe und andere Formen der grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung aufgrund seiner sexuellen Orientierung.

Am 2. März 2011 wurde Jean-Claude Roger Mbede bei einem Treffen mit einem männlichen Bekannten von Sicherheitskräften festgenommen, nachdem dieser vorab die Polizei über das Treffen informiert hatte.

Aktuelle Info: Die Anwälte von Jean-Claude Roger Mbede legten innerhalb einer Woche Berufung ein. Das Berufungsverfahren, das für Mitte November 2011 geplant war, wurde hinausgezögert und soll nun erst im Februar 2012 stattfinden.

Appellieren Sie an die Behörden.

Amnesty International erachtet Jean-Claude Mbede als Gewissensgefangenen, der wegen seiner sexuellen Orientierung in Haft ist, und fordert seine unverzügliche Freilassung.

Adresse

Mr. Amadou Ali
Deputy Prime Minister
Minister of Justice, Keeper of the Seals
Ministry of Justice
Office of the Prime Minister
P.O. Box 100
Yaoundé
Cameroon

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

auf Französisch, ansonsten Englisch an eine Organisation, die ihn unterstützt:

Association pour la Défense de l'Homosexualité (ADEFHO)
c/o Jean-Claude Roger Mbede
Rue Kitchener Bonanjo
BP 59 Douala Cameroon

Sie können Amnesty International erwähnen, und Sie dürfen auch religiöse Karten schicken.

Textvorschlag

Französisch:

Courage, le monde ne t'a pas oublié. Nous sommes de tout cœur avec toi et nous nous battons pour que tu recouvres ta liberté le plus tôt possible.

Englisch:

The world has not forgotten about you. We are with you with all our heart and we are working for your release.

Weitere Aktionen und Informationen

www.lgbt.at („Mbede“ in Suchfeld eingeben)

<http://regionwien.amnesty.at> →
Briefmarathon 2011



NIGERIA

BewohnerInnen von Port Harcourt

Zwangsräumungen



BewohnerInnen von Port Harcourt,
© George Osodi / Amnesty International

Zerstörung der Häuser und Existenzgrundlage

In der Millionenstadt Port Harcourt, der Hauptstadt des Rivers-Bundesstaates im erdölreichen Niger-Delta, droht 200.000 Menschen die Zwangsräumung.

Njemanze ist eine der über 40 Hafensiedlungen in Port Harcourt. Am 28. August 2009 wurde die Hafensiedlung Njemanze abgerissen, und tausende Männer, Frauen und Kinder wurden obdachlos. Die BewohnerInnen erhielten keine Information, keine Entschädigungen oder alternativen Unterkünfte, und es stehen auch keine angemessenen Rechtsmittel zur Verfügung, obwohl dies in den internationalen Menschenrechtsabkommen gefordert wird.

Am 12. Oktober 2009, als die BewohnerInnen der Ufersiedlung Bundu in Port Harcourt friedlich gegen eine geplante Zwangsräumung demonstrierten, schossen PolizistInnen und SoldatInnen wahllos in die Menge. Mindestens zwölf Menschen wurden lebensgefährlich verletzt, ein Mann starb.

Aktuelle Gefahr: Anfang Oktober 2011 wurde eine Kampagne mit dem Titel „People Live Here“ gestartet, bei der Bilder von Menschen in den bedrohten Hafensiedlungen auf Plakaten und Bussen in der ganzen Stadt hergezeigt werden. Die Kampagne wurde von lokalen und internationalen Organisationen, darunter Amnesty International, gemeinsam mit den betroffenen BewohnerInnen vorbereitet.

Appellieren Sie an die Behörden.

Keine weitere Zwangsräumung soll stattfinden!

Adresse

Governor Chibuike Rotimi Amaechi
Government House
Port Harcourt
Rivers State
Nigeria

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

Senden Sie ein Photo von sich mit einem Schild mit einem Slogan (siehe unten) an

solidarity@people-live-here.org

bzw. laden Sie das Foto unter

<http://www.people-live-here.org/solidarity/>
hoch.

Vorschläge für Slogans

WE SUPPORT THE WATERFRONT
COMMUNITIES

HOUSING IS A HUMAN RIGHT
END DEMOLITIONS, SUPPORT
DEVELOPMENT

PEOPLE LIVE HERE: PEOPLE LIKE YOU
AND ME

Weitere Aktionen und Informationen

<http://regionwien.amnesty.at> →
Briefmarathon 2011

Informationen über die Situation in
Rivers-Bundesstaat zu Zwangs-
räumungen und Erdölförderung:

[http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/
info/ersterMai/Aktionspaket_ErsterMai
2010.PDF](http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/info/ersterMai/Aktionspaket_ErsterMai_2010.PDF)

Kampagne „People Live Here“:

<http://www.people-live-here.org/solidarity/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



ASERBAIDSCHAN

Jabbar Savalan

Jugendaktivist verhaftet



Jabbar Savalan, © privat

Wegen Facebook-Posting in Haft

Der 19-jährige Geschichtsstudent Jabbar Savalan wurde am 4. Mai 2011 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, nachdem er sich an friedlichen regierungskritischen Aktivitäten in Aserbaidschan beteiligt hatte. Motiviert von den Ereignissen des „Arabischen Frühlings“ hatte er über Facebook zu Protesten gegen die Regierung aufgerufen und einen Zeitungsartikel, in dem der Präsident kritisiert wurde, verbreitet.

Jabbar Savalan ist Mitglied der Oppositionsbewegung „Popular Front Party“ (PFP). Anfang Februar 2011 wurde er auf dem Heimweg von einem Treffen der PFP in Sumgayit verfolgt und schließlich festgenommen. Er wurde zwei Tage ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand festgehalten und gefoltert.

Der Aktivist wurde wegen illegalen Drogenbesitzes, einer fabrizierten Anklage, die immer wieder gegen RegimekritikerInnen verwendet wird, verurteilt. Sein Geständnis war unter Folter erpresst worden.

Nach dem Urteil bedrohte ein Polizist den Anwalt des Aktivisten, der nun fürchtet, dass auch gegen ihn eine Anklage fabriziert wird.

Aktuelle Info: Die Berufung von Jabbar Savalan wurde im Juli 2011 abgelehnt.

Appellieren Sie an die Behörden.

Fordern Sie die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Jabbar Savalan.

Adresse

President Ilham Aliyev
Office of the President of the Azerbaijan Republic
19 Istiqlaliyyat Street
Baku AZ1066
Azerbaijan

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

auf Aserbaidschanisch, Russisch, Englisch oder Deutsch:

Jabbar Savalan
Detention Centre No. 10
Muzaffar Narimanov Street
Narimanov District
Baku City
Azerbaijan

Sie können Amnesty International erwähnen, aber schicken Sie keine religiösen Karten.

Textvorschlag

Aserbaidschanisch:

Bu kartı sizə göndərirəm, biləsiniz ki, biz sizinləyik, siz tək deyilsiniz və dünyada çox insan sizin haqqınızda düşünür.

Englisch:

I am sending this message to let you know that you are not alone, and that many people around the world are thinking of you.

Weitere Aktionen und Informationen

<http://regionwien.amnesty.at> →
Briefmarathon 2011

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



JEMEN

Fatima Hussein al-Badi

Von Todesstrafe bedroht



Fatima Hussein al-Badi,
© Amnesty International

Verurteilung trotz fehlender Indizien

Fatima Hussein al-Badi, eine Mutter von vier Kindern, schwebt in unmittelbarer Gefahr, hingerichtet zu werden. Sie wurde am 17. Februar 2001 nach einem unfairen Prozess gemeinsam mit ihrem Bruder wegen des Mordes an ihrem Ehemann zum Tode verurteilt. Die beiden Angeklagten verfügten während des Prozesses weder über Rechtsbeistand noch konnten sie vor Gericht Stellung beziehen.

Fatima Hussein al-Badi beteuert seit ihrer Festnahme ihre Unschuld. Sie wurde stundenlang verhört und in Gegenwart ihres Bruders vergewaltigt. Daraufhin gestand er – um seine Schwester vor weiterer Folter zu bewahren – den Mord und wurde im Mai 2005 hingerichtet.

Im Oktober 2005 richtete Fatima Hussein al-Badi ein Gnadengesuch an den Staatspräsidenten, in dem sie ihn bat, das Todesurteil umzuwandeln, weil sie kein faires Gerichtsverfahren erhalten hatte. Dieses Rechtsmittel liegt seither dem Staatspräsidenten zur Entscheidung vor.

Aktuelle Gefahr: Sollte der Präsident die Berufung zurückweisen, könnte Fatima Hussein al-Badi jederzeit hingerichtet werden.

Appellieren Sie an die Behörden.

Fordern Sie die Umwandlung des Todesurteils gegen Fatima Hussein Badi!

Adresse

Vice President Abd al-Rab Mansour al-Hadi
Office of The President
Sana'a
Republic of Yemen

Appellbrief in englischer Sprache – liegt bei.

Senden Sie Solidaritätsgrüße

auf Arabisch, ansonsten Englisch oder Deutsch an die Anwältin von Fatima Hussein al-Badi:

Mrs. Nasser
P.O. Box 16020
Hadda, Sana'a
Republic of Yemen

Sie können Amnesty International erwähnen, und Sie dürfen auch religiöse Karten schicken.

Textvorschlag

Arabisch:

عامس لمأنو دائماً انلوقو انبولق يف تنأ
ةعاجشل او فوقلا لكل ينمتهن. نبيطلا رابخال
..رارمتسالل

Englisch:

We are thinking of you and hoping for good news. We wish you strength and courage.

Weitere Aktionen und Informationen

<http://regionwien.amnesty.at> →
Briefmarathon 2011

Informationen über die (Arbeit gegen die)
Todesstrafe: <http://todesstrafe.amnesty.at>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

